

Maderthaner: Neu-Unternehmern gemeinsam Mut machen

Utl.: Unternehmerge辛nung kann sich nur ändern, wenn auch die
Auflagen für Jungunternehmer der Realität angepaßt werden =

Wien (PWK) - "Wir brauchen eine neue Unternehmerge辛nung in Österreich und müssen vermitteln, daß Unternehmersein eine wichtige Säule unseres Staates und unserer Gesellschaft ist. Die bislang noch unterentwickelte Einstellung und der Mut, ein eigenes Unternehmen zu gründen, kann aber nur dann wachsen und reifen, wenn auch die Rahmenbedingungen und Aussichten für Neuunternehmer in Österreich verbessert werden und nicht Auflagen existieren, die von vornherein abschrecken", setzte sich der Präsident der Wirtschaftskammer Österreich, Leopold Maderthaner, heute bei der Präsentation der Gründerwoche der Jungen Wirtschaft energisch für die heimischen Neuunternehmer ein. ****

Wie wichtig es ist, in dieser Gründerwoche Stimmung für die Selbständigkeit in Österreich zu machen, spiegelt eine IMAS-Umfrage wider, die in der Vorwoche veröffentlicht wurde. Von 1050 befragten Österreicherinnen und Österreichern ziehen 60 Prozent eine "nicht besonders gut bezahlte, aber ganz sichere Arbeit" einer risikoreicheren, aber besser bezahlten selbständigen Tätigkeit vor, berichtet Maderthaner. "Das heißt mit anderen Worten, daß die große Mehrheit der Österreicher wenig Mut zum Unternehmertum zeigt. Genau diese risikobereiten, fleißigen und innovativen Unternehmer brauchen wir aber, um zusätzliche Arbeitsplätze in Österreich schaffen zu können. Ich möchte daher der Jungen Wirtschaft und ihren 17 Partnern für die Initiative danken, heuer zum zweiten Mal eine Gründerwoche durchzuführen, die deutlich zeigt, daß sich in diesem Bereich noch vieles ändern muß".

Bei der von der Wirtschaftskammer getragenen Gründeroffensive konnten zuletzt einige sehr respektable Erfolge erzielt werden. So führte Maderthaner die in der Vorwoche im Ministerrat beschlossene Reduzierung der Mindestbeitragsgrundlage zur Sozialversicherung für Jungunternehmer in den ersten drei Jahren an, die von 14.800 Schilling auf 7.400 Schilling halbiert wurde. "Ebenso werden Kleingewerbetreibende mit niedrigem Gewinn und Umsatz ab 1999 nur noch den Unfallversicherungsbeitrag statt der rund 40.000 Schilling für Kranken-, Pensions- und Unfallversicherung bezahlen müssen".

"Derzeit verhandeln wir mit dem Sozialministerium darüber, daß auch Selbständige für den Fall des Falles gegen eine geringe Anwartschaftszahlung Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung erhalten. Das alles ist eine riesige finanzielle Entlastung, die mithilft, die Angst vorm Unternehmertum abzubauen", zeigte sich Maderthaler überzeugt.

Auch das neue Wirtschaftskammergesetz wurde adaptiert und sieht vor, daß Jungunternehmer ihre Gewerbeanmeldung künftig bei einer Stelle durchführen können: rasch, ohne von Amt zu Amt laufen zu müssen, unbürokratisch, aber auch gesetzeskonform. Die Wirtschaftskammer leitet dann die entsprechenden Formulare an die zuständigen Behörden weiter, wie es sich für ein modernes Dienstleistungsunternehmen gehört, gemäß dem "One-stop-shop-Prinzip", erklärte der Präsident.

Um die Zahl der Selbständigen in Österreich anzuheben, müssen aber noch einige zusätzliche Maßnahmen getroffen werden und dabei vor allem auch eine Lösung für das Nachfolgeproblem in den Betrieben gefunden werden. Österreich wird in nächster Zeit eine Welle von Unternehmerpensionierungen erleben. Dann stellt sich die brennende Frage, ob sich für tausende von Betrieben neue Betriebsnachfolger finden, die diese Firmen übernehmen und damit Arbeitsplätze sichern. Maderthaler: "Bei einer Erbschaftssteuer bei Betriebsübernahmen von derzeit bis zu 60 Prozent ist dieses alles andere als fraglich. Die Wirtschaftskammer Österreich verlangt daher bei der Steuerreform 2000 eine Abschaffung der betrieblichen Erbschaftssteuer, wie es uns andere Länder, wie z.B. Großbritannien, schon erfolgreich vorgezeigt haben".

Im Rahmen des EU-Vorsitzes Österreichs im Herbst, schlug der Wirtschaftskammer-Präsident vor, solle auch die Chance ergriffen werden, die statistischen Anforderungen an Unternehmer deutlich zu reduzieren. "Viele statistische Angaben, die Unternehmer heute zu machen haben, sind entweder überflüssig oder können vom Statistischen Zentralamt auch aus anderen Quellen zusammengestellt werden", stellte Maderthaler klar und richtete ein offenes Wort in Richtung Bundeskanzler Klima. Denn obwohl der Nationalrat bereits im Sommer 1997 die Forderung nach einer Statistikentlastungsoffensive in einem Entschließungsantrag einstimmig beschlossen und dabei den Kanzler aufgefordert hat, bis Ende 1997 ein detailliertes Programm vorzulegen, ist dies bis heute nicht geschehen.

"Ich fordere daher den Bundeskanzler dringend auf, dafür zu sorgen, daß ein fundierter Entwurf eines zukunftsorientierten Bundesstatistikgesetzes umgehend zur Begutachtung vorgelegt wird. Es geht jedenfalls nicht weiter an, daß ein und dieselbe Information mehrfach erfaßt wird. Denn wir wollen, daß die Behörden Gründern und Jungunternehmern, aber auch allen bereits bestehenden Betrieben zur Seite und nicht im Wege stehen", schloß der WKÖ-Präsident.

(Schluß) Ne

Rückfragehinweis: Alfons H. Helmelt

Wirtschaftskammer Österreich
Junge Wirtschaft
Tel. 50105 DW 3040

*****ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS*****

OTS0139 1998-06-15/13:55

151355 Jun 98

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_19980615_OTS0139